



# Stettiner Beitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 9. März 1889.

Nr. 116.

## Pommischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

30. Plenarsitzung vom 8. März.

Das Haus und die Tribünen sind wiederum mäßig besetzt.

Am Ministertische: Minister des Innern Herrfurth, Finanzminister Dr. von Scholz und Kultusminister Dr. von Gohler nebst Kommissarien.

Präsident von Kölle eröffnet die Sitzung mit den üblichen gesetzlichen Mittheilungen nach 11½ Uhr.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Heranziehung der Fabriken u. s. w. mit Präzisionsleistungen für den Biegelbau in der Provinz Schlesien; nachdem Abg. Mooren (Bentr.) den Wunsch nach Vorlegung eines gleichen Gesetzes für die Rheinprovinz noch in dieser Session ausgesprochen, wird die Vorlage in unveränderter Fassung definitiv genehmigt.

Darauf werden die dritten Berathungen der Gesetzentwürfe betreffend die Errichtung eines Amtsgerichtes in Herne, sowie betreffend die Änderung und Ergänzung einzelner, die Dienstvergessen der nicht richterlichen Beamten betreffenden Gesetzesbestimmungen und betreffend die Erleichterung der Abveräußerung einzelner Thelle von Grundstücken in der Provinz Hannover durch debattlose definitive Genehmigung in der unveränderten Fassung der Beschlüsse zweiter Lesung erledigt.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Ergänzung des Gesetzes über die Erleichterung der Volkschullasten vom 14. Juni 1888; nach den Beschlüssen der zweiten Lesung ist der staatsseitige Beitragssatz für einen alleinstehenden sowie einen ersten ordentlichen Lehrer auf 450 Mark, derjenige für einen anderen ordentlichen Lehrer auf 350 Mark und für eine ordentliche Lehrerin auf 250 Mark bemessen, während ein von der ganzen konservativen Partei unterstützter Antrag der Abg. Steinmann, v. Holz und v. Wedell-Malchow jene Sätze auf resp. 500 Mark, 300 Mark (beides Sätze der Regierungsvorlage) und 150 Mark (fehlt in der Regierungsvorlage) bemessen will.

Abg. Hobrecht (natlib.) erklärt, daß seine Partei im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes, entgegen den Beschlüssen zweiter Lesung, für den Abänderungsantrag der konservativen Partei stimmen werde, da sie das Gesetz auch in dieser Fassung für werthvoll und den zu Grunde gelegten Verhältnisomodus für gerecht erachte. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Finanzminister Dr. v. Scholz erklärt, daß er in Abtracht der günstigen Aussichten für das Zustandekommen des Gesetzes das Wort lediglich ergreife, um die Regierung vor einer gleichen abfälligen Kritik, wie sie aus Aulah der Haltung der Regierung bei der dritten Lesung des Volkschullastengesetzes erfolgt sei, zu bewahren; daher konstatiere er, daß die Regierung in Bezug auf die gegenwärtige Novelle dieselbe Ansicht habe, wie vor acht Tagen bei der zweiten Lesung. Der Minister wendet sich sodann nicht an diejenigen, denen das Zustandekommen des Gesetzes nicht am Herzen liege, sondern an diejenigen Befürworter der Kommissionsbeschlüsse, denen das Zustandekommen dennoch als die Hauptsaige erscheine und lädt sie, da es doch unmöglich große Selbstüberwindung kosten könne, aus der Staatskasse für 23,000 Gemeinden je 100 Mark zu empfangen, ein, für den konservativen Antrag zu stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Bachem (Bentr.) tritt für Aufrechterhaltung der Beschlüsse zweiter Lesung ein, da er in den Regierungsvorlagen das Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit vermisste, denn nach demselben komme einerseits der Westen sehr schlecht fort und andererseits blieben die Lehrerinnen unberücksichtigt.

Finanzminister Dr. v. Scholz erklärt dem Abg. Bachem gegenüber, daß die Regierung keinerlei Grund habe, ihre Ansicht über die den Lehrerinnen gegenüber einzunehmende Haltung gehemmt zu halten; allein es sei doch klar, daß, da die Lehrerinnen an sich geringere Gehälter empfingen, auch nach dieser Richtung das Bedürfnis zur Entlastung der Gemeinden ein geringeres sei. (Befürwortung rechts.)

Nachdem Abg. Dr. von Stabelowski (Pole) verschiedene Beschwerden über vermeintliche Vernachlässigung der Provinz Posen auf dem Gebiete des Schulwesens vorgebracht, erklärt Abg. Fehr. v. Zedlitz und Neukirch (freit.), daß seine Partei die bei der zweiten Lesung gestellten Abänderungsanträge nicht wiederholen, sondern Mann für Mann für den konservativen Antrag stimmen werde (Bravo! rechts); seine politischen Freunde werden aus sachlichen und aus taktischen Gründen gegen die Beschlüsse zweiter Lesung votiren. (Beifall rechts.)

Abg. Steinmann (konf.) tritt für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein, welche die große Zahl der Schulen berücksichtige. 23,000 einklassige Volksschulen seien vorhanden; ferner 5700 Schulen mit zwei Lehrern, bei denen der Staatsbeitrag immer 800 Mark für beide Lehrer betragen werde, mag man der Kommission oder der Regierung zustimmen. Es würden durch den Kommissionsbeschluß also nur etwa 5000 städtische Schulen mit mehreren Lehrern bevorzugt auf Kosten der einklassigen Schulen, welche grossohrentheils von sehr armen Landgemeinden unterhalten werden müssten.

Abg. Dr. Windthorst (Bentr.) bekämpft unter verschiedenen polemischen Neuherungen gegen die nationalliberale Partei und unter mehrfachen Klagen über Benachtheiligung des Westens und disparitätsähnlichen Behandlung der Katholiken den konservativen Antrag, gegen welchen sich auch Abg. Rickert (freit.) wendet, der außerdem gegen den Abg. Fehr. v. Zedlitz und Neukirch polemisiert und unter Verhöhlung der gegenwärtigen Frauenbewegung lebhaft das Interesse der Lehrerinnen vertreten.

Kultusminister Dr. v. Gohler schließt sich bezüglich der Lehrerinnenfrage den Ausführungen des Herrn Finanzministers an, bezeichnet sodann die Sähe der Regierungsvorlage als die denkbar besten und weist endlich darauf hin, daß die Mehrzuwendungen an die Lehrer sich auf über 3½ Millionen belaufen. Der Minister wendet sich außerdem gegen die Ausführungen des Abg. Dr. von Stabelowski, indem er nachweist, daß die Provinz Posen bei der Zuwendung von Schuldotationen ganz besonders gut fortkomme.

Abg. Sack (konf.) erklärt unter Hinweis auf seine aus Verfassungsbedenken resultierende ablehnende Haltung gegenüber dem vorjährigen Volkschullastengesetz, daß er der seitens des Herrenhauses und darauf auch des Hauses der Abgeordneten acceptirten gegenständigen Interpretation Rechnung trage und nunmehr, um keine zwiespältige Gesetzgebung zu fördern, für das Gesetz stimmen werde. (Bravo! rechts.)

Nachdem in der Spezialdebatte Abg. Dr. Ennecker (natlib.) die Schwankung seiner Partei damit zu motivieren gesucht, daß die Sachlage vor acht Tagen eine ganz andere gewesen, daß namentlich der inzwischen beim Bureau eingegangene Antrag von Huene noch nicht vorgelegen habe, wird in namentlicher Abstimmung nach dem Antrage Steinmann der staatsseitige Beitrag für den ersten ordentlichen Lehrer mit 239 gegen 114 Stimmen des Zentrums, der Polen und des Freisinn auf 500 M. festgesetzt; auch in übrigen wird die Regierungsvorlage unter Hinzufügung des von dem konservativen Antrage aufgenommenen Beitragssatzes von 150 Mark für eine ordentliche Lehrerin wiederhergestellt.

Darauf wird die zweite Berathung des Kultusrats bei dem Kapitel „Elementarschulwesen“ . 13,070,559,32 Mark“ fortgesetzt.

Abg. Rickert (freit.) befürwortet einen von ihm gestellten, auf Spezialisierung seiner Summen gerichteten Antrag, da ohne eine solche kleinerlei budgetarische Sicherung vorhanden sei, daß diese Gelder auch in den Wünschen des Hauses entsprechender Weise zur Verwendung gelangen würden; die Annahme seines Antrages würde vielleicht den Herrn Minister, dem ein so gewaltiger Dispositionsfonds anvertraut sei, zu einer beschleunigten Fertigstellung eines Unterrichtsgesetzes veranlassen.

Abg. Fehr. v. Zedlitz und Neukirch (freit.) tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen, indem er ausführt, daß die Regierung ihren guten Willen, die Sache gezielt zu regeln, erklärt habe; das müsse genügen, und die be-

treffenden Lehrer müssten eben ihre Wünsche der allgemeinen Finanzlage des Landes anpassen.

Nachdem sich auch Abg. Krach (freit.) gegen den freitlichen Antrag und für die von der Kommission beschlossene Resolution ausgesprochen, welche die bezügliche Spezialisierung dem nächsten Etat vorbehält, wird die Diskussion geschlossen.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Berathung.

Schluss 4½ Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 8. März. Die „Berl. Vol. Nach.“ schreiben: „Die von einem Breslauer Blatte gebrachte Nachricht von einem Kampfe zwischen der „Olga“ und einem amerikanischen Kriegsschiff vor Samoa entbehrt der Begründung. Es liegen hier keinerlei Depeschen vor, welche auf ein solches Vorkommnis schließen lassen könnten. Wenn ein hiesiges Blatt erfahren haben will, daß Verhandlungen und Abmachungen zwischen Deutschland, England und den Vereinigten Staaten auch nach der Richtung hin stattgefunden haben, ob und unter welchen Umständen einem Schiedsgericht die Entscheidung über die Samoa Angelegenheit zu übertragen sein würde, wenn über „die von den Mächten auf der Konferenz bezüglich der Neuordnung gemachten Vorschläge eine Übereinstimmung nicht erzielt werden kann“, so können wir versichern, daß solche Erörterungen nicht stattgefunden haben. Die Samoa-Konferenz wird zusammenentreten, und es ist kein Grund für die Annahme vorhanden, daß dieselbe zu einer Beiständigung nicht führen werde.“

— Die telegraphisch signalisierte Meldung des „Journal des Débats“, nach welcher die französische Regierung dem Herzog d'Alençon die Rückkehr nach Frankreich gestatten würde, findet anderweitige Bestätigung. Noch ehe das Kabinett Blochet gestürzt wurde, machten die opportunistischen Organe kein Hehl daraus, daß sie die Aufhebung des Verbannungsdekretes gegen den Herzog d'Alençon billigen würden. Hat doch dieser im Gegensahe zu dem orleanistischen Prätendenten, dem Grafen von Paris, mit aller Entschiedenheit seinen Gegensatz zum General Boulanger betont, so daß die Opportunisten, wie hervorgehoben wird, gewissermaßen den Teufel durch Beelzebub austreiben wollten, wenn sie jetzt, da sie zur Regierung gelangt sind, den Herzog zurückkehren lassen. Freilich wird derselbe, wie verlautet, in seinem Schloss Chantilly, das nach seinem Tode an die Académie Française fällt, von aller Politik sich fernhalten. Man darf aber vorhersehen, daß die Ultraradikalen vom Schlagze Rocheforts die Maßregel der Regierung aufs schärfste verdammten werden, während die Orleanisten gute Miene zum bösen Spiele machen müssen.

— Die britischen Bewohner Ceylon scheinen dem Beispiel der australischen Kolonien folgen zu wollen und wünschen auch ein Wort mitzureden bei der Ernennung ihres Gouverneurs. Unter den Kandidaten für diesen Posten wird u. A. nämlich auch Sir John Pope Hennessy genannt, welcher als Belohnung für die gute Führung während seines zweiten Amtstermins auf Mauritius die Verwaltung Ceylons erhalten soll. Auf diese Meldung hin schreibt der „Ceylon Observer“: „Wir können diese Möglichkeit nicht einen Augenblick ruhig hinnehmen. Ceylon bedarf eines gewieften und erfahrenen Verwalters. Sowohl Sir H. Turner Irving wie Sir W. C. J. Robinson würden annehmbare Gouverneure, der beste aber der Marquis von Lorne sein, welcher, wie wir Grund haben anzunehmen, nebst seiner Gemahlin, der Prinzessin Louise, gewillt wäre, diesen Wirkungskreis anzutreten. Es mag nicht für würdig gehalten werden, für einen früheren Generalgouverneur Kanadas, die Regierung einer Kronkolonie zu übernehmen, aber das Gehalt eines Gouverneurs von Ceylon ist ansehnlich und die umgebenden Verhältnisse sind außerordentlich angenehm. Außerdem kann der Marquis solche Rücksichten, wie Würde außer Acht lassen und Ceylon mag für einen Mann von solch hohem Range das Thor zu Indien bilden.“

## Ausland.

Paris, 8. März. Wie verschiedene Blätter melden, berief der Finanzminister Rouvier gestern Abend die Chefs der häufigsten Kreditinstitute in das Finanzministerium, um sich mit denselben über die Mittel zur Beilegung der Börsenkrisis zu verständigen. Auf die Initiative Gustav v. Rothscilds und Jouberts, welche von Rouvier unterstützt wurden, beschlossen die versammelten Bankiers, den ursprünglich verabredeten Vorstoß an das Comptoir d'Écompte von 60 Millionen auf 100 Millionen zu erhöhen. Es bildete sich alsbald ein Syndikat, um die 100 Millionen von der Bank von Frankreich in Anspruch zu nehmen, damit die Kreditinstitute nicht in ihren disponiblen Mitteln geschwächt würden. Die Bank von Frankreich erklärte sich heute Vormittag bereit, angesichts der ihr gebotenen vorzüglichen Garantien die 100 Millionen vorzuschieben. Die Journale fügen hinzu, der Vorstoß sei durch die Portefeuilles des Comptoir d'Écompte völlig gedeckt. Die „Liberte“ hofft, daß Dank der Initiative und der Festigkeit Rouviers, welcher den unermesslichen Schaden erkannte, den der Pariser Handel am Vorabend der Ausstellung erleiden würde, die Krisis schworen sei.

## Stettiner Nachrichten.

Stettin, 9. März. Der Stettiner Konsum- und Sparverein, eingetragene Genossenschaft, hat nach dem in der gestern Abend in der Börse stattgehabten Generalversammlung den Vorstande erstatteten Bericht für das zweite Halbjahr 1888 nachstehende Geschäftsergebnisse zu verzeichnen gehabt: Der direkte Waarenumsatz in elf Verkaufsstellen betrug 348,824 Mark, im Lieferanten-Geschäft wurden umgesetzt 8480 Mark, der Gesamt-Umsatz belief sich mithin auf 357,304 Mark. Erzielt wurde hierauf ein Bruttogewinn von 56,642 Mark 66 Pfennigen. Hierzu treten 7280 Mark 15 Pfennige Mietserträge aus den Grundstücken des Vereins für ein halbes Jahr, sodass sich die Gewinn-Einnahmen aus dem zweiten Halbjahr 1888 belaufen auf zusammen 63,922 Mark 81 Pfennige. Nach Deckung aller Kosten im Gesamtbetrage von 28,513 Mark 62 Pfennigen und den statutenmäßigen Abschreibungen im Gesamtbetrage von 5362 Mark 27 Pfennigen, darunter 1757 Mark 13 Pfennige zur Kapitalreserve, welche nunmehr die Höhe von 45,615 Mark 13 Pfennigen erreicht hat, verbleibt ein Reingewinn von 30,046 Mark 42 Pfennigen, welche unter Hinzunahme des Gewinn-Ubertrages aus dem ersten Halbjahr 1888 im Betrage von 679 Mark 40 Pfennigen und von 450 Mark 88 Pfennigen von dem Gewinnreserve-Konto für mehr abgelieferte als ausgegebene Marken, die Vertheilung einer Dividende von 8 Prozent auf die im zweiten Halbjahr abgelieferten 350,296 Mark mit 28,023 Mark 68 Pfennigen, die Zuwendung von 1500 Mark für den Beamten-Pensions- und Unterstützungs-Fonds gestattet und für das erste Halbjahr 1889 einen Gewinn-Ubertrag von 1653 Mark 52 Pfennigen übrig lässt. Für das ganze Jahr 1888 erreichte der Waarenumsatz die Höhe von 710,100 Mark. Hierzu entfallen auf das direkte Geschäft in elf Verkaufsstellen 667,494 Mark, auf den Verlauf an Nichtmitglieder 25,216 Mark und auf das Lieferanten-Geschäft 17,390 Mark. Die an die Mitglieder zur Vertheilung bereits gelangte und noch zur Vertheilung gelangende Dividende für das ganze Jahr 1888 beträgt 52,293 Mark 4 Pfennige. Den Verpflichtungen des Vereins am 31. Dezember 1888 im Gesamtbetrage von 378,016 Mark 12 Pfennigen standen als Vermögensbestände gegenüber ein baarer Kassenbestand von 18,257 Mark 4 Pfennigen, Waarenbestände zum Einlaufspreise mit 55,692 Mark 94 Pfennigen, existentielle Hypothekenforderungen im Betrage von 67,000 Mark, die Utenslien im Werthe von 5666 Mark 14 Pfennigen und die Grundstücke des Vereins in Stettin, Moltkestraße 3, und in Grabow a.O. mit einem Werthe von 160,000 Mark resp. 72,000 Mark. Die Mitgliederzahl stieg im Jahre 1888 von 6063 auf 6493. Auf Antrag des Aufsichtsraths genehmigte die Generalversammlung die Vertheilung des Reingewinns wie vorgeschlagen und im Besonderen die Vertheilung einer Dividende von 8 Prozent, d. h.





